



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Tagesordnung I Punkt 13 der öffentlichen Sitzung am 6. Juli 2021

Vorlagen-Nr. 21-F-20-0016

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung bei öffentlicher Auftragsvergabe bekämpfen - Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD vom 29.06.2021 -

Der Beteiligungsausschuss hat am 28.01.2020 den Magistratsbeschluss Nr. 1047 vom 03.12.2019 zur Kenntnis genommen. Seitdem gab es keine Rückmeldung im Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit (Alte Bezeichnung: Ausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung).

Der Magistrat wird gebeten:

Den Beschluss des Beteiligungsausschusses Nr. 0023 vom 28. Januar 2020 mit Nachdruck zu verfolgen und dem Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit zu berichten.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit wird ein Hearing zum Thema "Bekämpfung illegaler Beschäftigung bei kommunalen Auftragsvergaben" unter Beteiligung des Hauptzollamtes, der Stabsstelle Schwarzarbeit der Stadt Köln, Vertreter:innen der DGB-Einzelgewerkschaften sowie weiteren fachkundigen Institutionen durchführen.

Beschluss Nr. 0042

1. Der Antrag gilt als eingebracht.
2. Die Beratung des Antrags wird auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 21.09.2021 verschoben.

Herr Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2021

Rottloff
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2021

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2021

Dezernat IV
Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister